Positionen der Parteien zur Windenergienutzung auf dem Winterstein

Anfang Dezember 2020 schickte das **Bündnis Windpark Winterstein** einen **Umfragebogen mit 22 Fragen zur Windenergienutzung auf dem Winterstein** an die in den Parlamenten vertretenen Parteien und Fraktionen in **Friedberg, Rosbach, Wehrheim und Ober-Mörlen**, um einen Überblick über deren Haltung zur Windenergie am Winterstein zu gewinnen. Die Stellungnahmen der Parteien sind sicher auch hilfreich für die Wahlentscheidung bei den Kommunalwahlen am 14. März 2021, denn schließlich müssen Maßnahmen zur Bekämpfung der Klimakatastrophe regional umgesetzt werden. Wir geben deshalb die Antworten im genauen Wortlaut wieder.
Unsere Zusammenstellung ist nach Kommunen und Größe der Fraktionen geordnet. Einige Parteien haben nicht geantwortet, was wir – wie auch in unserem Anschreiben formuliert – als Ablehnung eines Windparks auf dem Winterstein interpretieren. Offensichtlich sind diese Parteien nicht bereit in dieser Form auf Fragen der Bürger zu antworten. Die Leser*innen mögen sich selbst darüber ein Urteil bilden. Manche Fraktionen haben die Beantwortung des Fragebogens abgelehnt, jedoch ein Antwortschreiben geschickt. Wir versuchen auch diese Antwortschreiben einzubeziehen.
Für eilige Leser*innen sind einige aufschlussreiche Äußerungen in Rot oder Blau hervorgehoben.
Zusammenfassende Kommentare zu jeder Kommune befinden sich jeweils am Ende der 22 Antworten.

FRIEDBERG

1. Halten Sie den Klimawandel für eine Bedrohung des Lebens von Mensch, Tier, Umwelt und Natur und sind Sie bereit, große Anstrengungen zur Begrenzung der Erderwärmung zu unternehmen?	
CDU	Keine Beantwortung unserer Fragen
SPD	Lediglich Antwortschreiben ohne Beantwortung unserer Fragen
GRÜNE	Der Klimaschutz ist das zentrale Thema in unserem Kommunalwahlprogramm. Wir sehen dringenden Handlungsbedarf alle Aktivitäten unter Vorbehalt des Klimaschutzes zu stellen und fordern eine Koordination in der Verwaltung.
UWG	Keine Beantwortung unserer Fragen
FDP	Keine Beantwortung unserer Fragen
LINKE	ja

Da in Friedberg CDU, SPD, UWG und FDP unsere Fragen nicht beantwortet haben, werden sie im Folgenden nicht mehr erwähnt. Das Antwortschreiben der SPD kommentieren wir am Ende der Auswertung. Für DIE GRÜNEN beantwortete der energiepolitische Sprecher der Fraktion, Bernd Stiller, für DIE LINKE Fraktionsvorsitzender Sven Weiberg unsere Fragen.

2. Teilen Sie die Auffassung, dass Maßnahmen in vielen Sektoren (z.B. bei Energie, Verkehr, Landwirtschaft, Bauen etc.) erforderlich sind, um die Erderwärmung auf 1,5 Grad zu begrenzen?	
GRÜNE	In allen Bereichen sind Anstrengungen notwendig um fossile Energiequellen zu vermeiden, CO2 zu binden und den Ressourcenverbrauch zu optimieren, da auch bei der Herstellung CO2 produziert wird. Im Kommunalen Bereich sehen wir Handlungsbedarf bei der Erzeugung erneuerbarer Energien, bei der Verkehrswende, der Reduzierung des Wärmebedarfs und bei der Beschaffung von Ressourcen.
LINKE	ja

3. Halten Sie Windenergie für einen wichtigen Bestandteil der erneuerbaren Energien und teilen Sie die Auffassung, dass die Windenergiegewinnung stark ausgebaut werden muss?	
GRÜNE	Als Anrainer des Wintersteins, dem größten Potentialgebiet für Windkraft in Südhessen, haben wir eine besondere Verpflichtung, den Ausbau von Windkraft voranzutreiben. Schon früh haben wir für einen Verbund mit den Nachbargemeinden zur Realisierung des Windparks Winterstein gestimmt und fordern die zügige Umsetzung des Stadtverordnetenbeschlusses.
LINKE	Ja

4. Unterstützen Sie das Ziel, 2 % der Landesfläche Hessens als Vorranggebiete für die Windenergie zu nutzen und damit den Ausbau auch im Sinne der Bürger*innen und des Naturschutzes zu steuern?	
GRÜNE	Wir konnten im Anhörungsverfahren zu Windvorrangflächen darauf drängen, dass die Flächen am Winterstein vergrößert wurden. Des Weiteren fordern wir Bund und Land auf, die Hürden,

	wie z.B. die Abstandsflächen zu Funkfeuer, insbesondere wenn sie technisch überholt sind, zu beseitigen. Die 2% Prozent sind für uns eine untere Linie, deren Umsetzung das Land aber schon vor Herausforderungen stellt.
LINKE	ja
5. Erkennen Sie an, dass das im TPEE Südhessen ausgewiesene Vorranggebiet 7805 auf dem Wintersteinkamm bereits auf seine Eignung und Naturverträglichkeit untersucht wurde?	
GRÜNE	Die Voruntersuchungen am Winterstein zeigen deutlich, dass Windkraftanlagen dort gebaut werden können. Insbesondere durch den Klimawandel verursachten Sturmschäden existieren große Brachflächen, so dass weniger Rodungen notwendig sind. Wir befürworten aber die vorgeschriebenen, umweltbezogenen Untersuchungen bei der konkreten Umsetzung der Windkraftanlagen.
LINKE	ja
6. Teilen Sie die Ansicht, dass das Windvorranggebiet auf dem Winterstein daher auch vorrangig für die Windenergienutzung zur Verfügung stehen muss?	
GRÜNE	Für die Ablösung der Kohle und Atomkraft bei der Energie-erzeugung ist der Ausbau der Windkraft unerlässlich. Hier dürfen lokale Vorbehalte nicht einer bundesweiten Notwendigkeit im Wege stehen.
LINKE	ja
7. Sind Sie für den vollumfänglichen Ausbau eines Windparks im Vorranggebiet?	
GRÜNE	Windkraftanlagen sind nicht schön, aber notwendig und sollten maximal bis zur technisch möglichen Grenze in den Vorranggebieten aufgebaut werden.
LINKE	ja
8. Haben Sie Bedenken gegen die Windenergiegewinnung auf dem Winterstein? Wenn ja, welche?	
GRÜNE	Die Belange des Naturschutzes werden beim Bau der Windkraftanlagen berücksichtigt, so dass wir keine Bedenken haben.
LINKE	Nein
9. Halten Sie eine Beschränkung auf drei Windenergieanlagen (WEA) und die damit verbundene Begrenzung der Windenergiegewinnung am Winterstein für zielführend?	
GRÜNE	Die Windkraftstandorte müssen effizient genutzt werden, damit schnellstmöglich Energie aus erneuerbaren Quellen im notwendigen Umfang bereitgestellt wird. Eine künstliche Begrenzung ist für den Naturschutz sinnlos und wirtschaftlich kontraproduktiv.
LINKE	Nein
10. Ist für Sie die Festlegung der Nabenhöhe der WEA auf 145 m sinnvoll, obwohl dadurch der Energieertrag stark reduziert wird?	
GRÜNE	Siehe Antwort auf Frage 9
LINKE	Nein
11. Unterstützen Sie den aktuellen Bebauungsplan Nr. 92 „Natur- und Erholungsgebiet Winterstein“ mit seinen starken Beschränkungen der Windenergiegewinnung?	
GRÜNE	Der Bebauungsplan wurde gegen unsere Stimmen im Stadtparlament verabschiedet und ist eine reine Verhinderung der Windkraft. Wie lehnen ihn ab.
LINKE	Nein
12. Setzen Sie sich für eine Überarbeitung des Bebauungsplans zugunsten einer stärkeren Windenergiegewinnung ein? Und wie machen Sie das?	
GRÜNE	Mit anderen Mehrheiten im Stadtparlament werden wir den Bebauungsplan aufheben. Wir haben im Magistrat unter anderem die in Punkt 9 und 10 angeführten Punkte ausführlich kritisiert und vergeblich versucht eine Mehrheit gegen den B-Plan zu erreichen.
LINKE	Ja, in der Stadtverordnetenversammlung und durch Öffentlichkeitsarbeit
13. Sehen Sie für die Anliegerkommunen und ihre Bürger auch finanzielle Vorteile durch die Errichtung eines Windparks?	
GRÜNE	Eine Beteiligung der Bürger und Kommunen an dem Betrieb der Windkraftanlagen erhöht die Akzeptanz und bringt finanzielle Vorteile. Die Stadt könnte einige Projekte, wie bezahlbaren Wohnraum, Reduzierung der Kindergartengebühren und bessern Naturschutz umsetzen.
LINKE	ja

14. Sollte eine Kommune lediglich Gelände verpachten oder sich selbst als Betreiber bei einem Windpark einbringen?	
GRÜNE	Eine Kommune sollte sich inhaltlich hinter die Windkraft stellen, Bürgern die Beteiligung ermöglichen und auch selbst sich für die Errichtung und Betrieb der Anlagen engagieren. Ob sie dafür selbst in die Verantwortung geht, muss geprüft werden.
LINKE	Wir wollen einen kommunalen Windpark in interkommunaler Zusammenarbeit, mit einem Minderheitenanteil , Bürgerfinanzierung
15. Sollten auch Haushalte und Gewerbe in Ihrer Kommune direkt die Möglichkeit haben, Strom von den WEA auf dem Winterstein zu beziehen und sich an sog. Bürgerwindrädern finanziell beteiligen zu können?	
GRÜNE	Vor etlichen Jahren wurden durch unsere Anregung hin die Ziele der Stadtwerke Friedberg zur Nutzung von erneuerbaren Energien erweitert und damit die Grundlage geschaffen, Strom herzustellen und zu vermarkten. Eine Abstimmung mit der OVAG, auch eine kommunale Institution, ist möglich. Alle Haushalte und Gewerbetreibende sollten die Möglichkeit bekommen direkt von den Windkraftanlagen zu profitieren.
LINKE	ja
16. Nach Auffassung vieler Experten gehören WEA zu den umweltfreundlichsten, schadstoffärmsten Möglichkeiten der Energiegewinnung. Sie leisten durch Einsparung enormer Mengen von CO_2 einen großen Beitrag zum Klima- und Naturschutz. Haben Sie trotzdem Bedenken? Wenn ja, welche?	
GRÜNE	Technisch gesehen sind die Windkraftanlagen die effizienteste Möglichkeit erneuerbaren Strom herzustellen. Im Vergleich zu Kohle- und Atomkraftanlagen sowie den kilometerlangen Stromtrassen sind die Windkraftanlagen auch nicht hässlicher. Dennoch sollte die Bevölkerung auf die Veränderung des Landschaftsbildes positiv vorbereitet werden.
LINKE	Keine Technologie ist ohne Nachteile. Wir sehen die zuverlässige Versorgung als Herausforderung, die wir durch einen europäischen Stromnetzausbau und die Förderung von Speichertechnologien lösen wollen.
17. Windenergie ist die kostengünstigste erneuerbare Energie, benötigt nur geringe Flächen, um große Mengen an Strom zu gewinnen, steht dezentral zur Verfügung, vermeidet so viele neue Stromtrassen und fördert die regionale Wertschöpfung. Teilen Sie diese Auffassung oder haben Sie andere Vorschläge?	
GRÜNE	Die Möglichkeit der regionalen Versorgung durch Windkraftanlagen ermöglicht mehr Unabhängigkeit und mehr Stabilität in der Stromversorgung. Der Umbau der Energieriesen, die ihre gesellschaftliche Verantwortung nicht gerecht werden, in eine staatlich kontrolliere Koordinationsstelle ist mehr als notwendig.
LINKE	Ja zum ersten und nein zum zweiten Teil der Frage
18. Gibt es aus Ihrer Sicht Gründe, die gegen einen Windpark auf dem Winterstein sprechen?	
GRÜNE	Aus heutiger Sicht sollte der Windpark Winterstein eher gestern als heute umgesetzt werden. Sollte es in Zukunft bessere Energie-Erzeugungssysteme geben, sind die Windkraftanlagen einfach und ohne große Rückstände wieder zu beseitigen.
LINKE	nein
19. Mit welchen Energiequellen (Atomstrom, Kohlestrom, Windenergie, Solarenergie, Biomasse…) soll Ihrer Meinung nach die Stromversorgung Ihrer Kommune in Zukunft erfolgen?	
GRÜNE	Die Photovoltaik wird in Friedberg weiter ausgebaut werden. Maßnahmen zur Optimierung des Energiebedarfs, bessere Dämmung der Häuser und veränderter Moblitätsverhalten wird den Strombedarf pro Kopf senken. Aber ohne Windkraft wird eine ausreichende Energieerzeugung in der Gemarkung Friedberg nicht möglich sein.
LINKE	Mit Quellen die (fast) keine Treibhausgase erzeugen , primär Wind- und Solarenergie. Atomkraft lehnen wir ab.
20. Ziehen Sie die weitere Nutzung von Atom- und Kohlekraft der Errichtung eines Windparks auf dem Winterstein vor?	
GRÜNE	Atom- und Kohlekraft sind Technologien von gestern, klimaschädigend, unwirtschaftlich und landschaftszerstörend. Sie gehören eher gestern als heute abgeschaltet. Es sind die Fraktionen, die sich gegen die Windkraft stemmen, die die Schäden in der Natur und an der

	Gesundheit der Menschen verantworten.
LINKE	Nein
21. Sind Sie an einem Meinungsaustausch mit dem Bündnis Windpark Winterstein interessiert oder benötigen Sie noch mehr Informationen zur Windenergie?	
GRÜNE	Wir stehen im engen Austausch mit dem Bündnis Windpark Winterstein sowie anderen Institutionen, die sich für den Ausbau der Windkraft engagieren. Mehr Informationen benötigen die Bürger, damit sie korrekt entscheiden können, wer für die Zerstörung der Welt verantwortlich ist und wem sie ihre Stimme bei der nächsten Wahl geben sollen
LINKE	Als Gründungsmitglied sind wir bereits im Austausch mit dem Bündnis
22. Sind Sie bereit, sich mit dem Bündnis Windpark Winterstein offensiv für die Windenergiegewinnung auf dem Winterstein als unseren Beitrag zur Energiewende einzusetzen?	
GRÜNE	Tun wir das nicht schon?
LINKE	Das tun wir bereits und planen dies auch weiterhin zu tun

Zusammenfassung und Kommentar:
CDU, UWG und FDP haben weder die Fragen beantwortet, noch in anderer Form auf unsere Anfrage reagiert. Ihre ablehnende Haltung gegenüber der Windenergie haben insbesondere **FDP und UWG in Friedberg** bereits mehrfach sehr deutlich in Pressemitteilungen oder Wahlprogrammen kundgetan. In ihrer Pressemitteilung zur Kommunalwahl positioniert sich die UWG wiederholt gegen *„einen Natur zerstörenden Windpark im Wintersteingebiet."* Die FDP fährt sogar mit ihrem Plakat „Keine Windräder auf dem Winterstein!" - wie bereits vor fünf Jahren - eine Wahlkampagne gegen die Windenergienutzung. Die **CDU** äußert sich zu einem Windpark am Winterstein öffentlich kaum. Auf ihrer Website ist wenig Substanzielles zu den Themen „Klimawandel", „Erneuerbare Energien" oder „Windenergie" zu finden. Stattdessen spricht sie sich für den *„Erhalt der Unversehrtheit des Landschaftsbildes im Naturpark Taunus, insbesondere für den Bereich des Wintersteins"* aus. Diese Aussage und die bisherige Haltung der Friedberger CDU widersprechen deutlich den Formulierungen im gerade veröffentlichten Wahlprogramm der CDU-Wetterau. Dort steht ein klares Bekenntnis zum TPEE, in dem auch das Windvorranggebiet auf dem Winterstein festgelegt ist:
*„Wo Windkraft in unserer Region genutzt werden kann, das regelt seit Februar 2020 der Sachliche Teilplan Erneuerbare Energien 2019 (TPEE), der den Regionalplan Südhessen / Regionaler Flächennutzungsplan 2010 um das Thema Erneuerbare Energien ergänzt. Der Plan legt unter anderem fest, wo künftig noch Windkraftanlagen errichtet werden können („Vorranggebiete") und wo nicht („Ausschlussraum"). **Die CDU begrüßt, dass es gelungen ist, klare und transparente Regeln aufzustellen und so Planungssicherheit für alle Beteiligten zu schaffen."**(Wahlprogramm der CDU-Wetterau zur Kommunalwahl 2021)*
Wer zu dieser Aussage steht, muss sich nach unserer Auffassung auch für den Ausbau eines Windparks auf dem Winterstein einsetzen. Angesichts der sich beschleunigenden Klimakrise reicht das Engagement von CDU, UWG und FDP bei Weitem nicht aus.
Die **SPD-Friedberg**, für die ihr Fraktionsvorsitzender Dr. Klaus-Dieter Rack antwortete, lehnte im Dezember aufgrund der Pandemielage unsere Bitte um ein Gespräch ab. Es bestehe bzgl. des B-Plans auch „kein zeitlicher Handlungsdruck", denn eine Behandlung in den Gremien erfolge frühestens im Februar. Den Begriff der „Behinderungsplanung" bezeichnet Dr. Rack als „politischen Kampfbegriff" und er fordert dazu auf „verbal abzurüsten". Er macht deutlich, dass *„der Teilplan Erneuerbare Energien von einer betroffenen Kommunen nicht konterkariert werden (darf) und eine Festsetzung von Flächen zur Errichtung von WEA erfolgen (muss)." „Mit den momentan im B-Plan genannten drei WEA wird die Errichtung und Nutzung von WEA keineswegs verhindert, denn ‚verhindern' hieße Null-WEA. Und dies wäre unstatthaft. Die Menge der zu errichtenden Anlagen wird im weiteren Verfahren gewiss intensiv diskutiert werden."*
Dr. Rack verweist auf das SPD-Wahlprogramm: *„Die SPD Friedberg setzt auch in ihrem Wahlprogramm verstärkt auf Einfluss- und Gestaltungsmöglichkeiten zur dezentralen Erzeugung und Nutzung erneuerbarer Energien aus Sonne, Windkraft und Biomasse - mit Bürgerschaftsbeteiligung und lokaler Wertschöpfung."* Ein Auszug aus unserem Antwortschreiben: *„Wir hoffen sehr, dass die SPD in den vier Anliegergemeinden - noch vor der Kommunalwahl - sehr viel deutlicher als bisher für einen leistungsstarken Windpark auf dem Winterstein Stellung nimmt und hilft, die Einschränkungen im B-Plan*

zu beseitigen. Eine solche Positionierung würde es sicher auch vielen Klima- und Umweltschützer*innen erleichtern, die SPD zu wählen. Gerade haben sich die Bundesregierung und erfreulicherweise besonders die SPD für einen stärkeren Ausbau der Erneuerbaren ausgesprochen, um die gesteckten Klimaziele nicht völlig zu verfehlen. Bis 2030 sollen wenigstens 65% des Stroms – nach unserer Meinung noch zu wenig – aus Erneuerbaren kommen. Dieses Ziel gilt es auch offensiv hier vor Ort zu vertreten und umzusetzen. Wir haben auf dem Winterstein die Chance, einen wichtigen Beitrag zu leisten. Viele in der Bevölkerung werden das unterstützen. Zukunftsfähig sind nur noch Parteien, die hier voranschreiten und nicht bremsen."

Leider nutzte die SPD - trotz erneutem Appell unsererseits – bisher nicht die Möglichkeit, durch die Beantwortung unserer Fragen konkreter zum Windpark Winterstein Stellung zu nehmen.

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und **DIE LINKE** beantworteten unseren Fragekatalog. Beide Fraktionen in der Friedberger Stadtverordnetenversammlung setzen sich für einen effektiven Windpark auf dem Winterstein ein und lehnen den B-Plan daher in dieser Form ab. Im Interesse von Natur und Klimaschutz ist es dringend erforderlich, bei der Kommunalwahl die Kräfte zu stärken, die einem Windpark gegenüber positiv eingestellt sind.

ROSBACH V. D. HÖHE

1. Halten Sie den Klimawandel für eine Bedrohung des Lebens von Mensch, Tier, Umwelt und Natur und sind Sie bereit, große Anstrengungen zur Begrenzung der Erderwärmung zu unternehmen?	
CDU	Keine Beantwortung unserer Fragen
SPD	ja
FWG	ja
STIMME	Keine Beantwortung unserer Fragen
FDP	Keine Beantwortung unserer Fragen
GRÜNE	Am Wald um den Winterstein kann man die Auswirkungen des Klimawandels sehr deutlich sehen und deshalb müssen wir schnellstens und groß angelegt eingreifen.
SALZ	Keine Beantwortung unserer Fragen

Geantwortet haben die Fraktionsvorsitzende der Grünen, Betina Quägber-Zehe, der Fraktionsvorsitzende der FWG, Christian Lamping und die SPD-Vorsitzende Ellen Dietz gemeinsam mit dem SPD-Fraktionsvorsitzende Hans-Peter Rathjens. Die anderen Parteien und Gruppierungen werden daher im Folgenden nicht mehr aufgeführt.

2. Teilen Sie die Auffassung, dass Maßnahmen in vielen Sektoren (z.B. bei Energie, Verkehr, Landwirtschaft, Bauen etc.) erforderlich sind, um die Erderwärmung auf 1,5 Grad zu begrenzen?	
SPD	ja
FWG	ja
GRÜNE	In allen diesen Bereichen müssen wir mit Nachdruck an der Umsetzung der Klimaziele arbeiten, wir wollen unseren Kindern und Enkeln ja eine (einigermaßen) intakte Umwelt übergeben.
3. Halten Sie Windenergie für einen wichtigen Bestandteil der erneuerbaren Energien und teilen Sie die Auffassung, dass die Windenergiegewinnung stark ausgebaut werden muss?	
SPD	Ja, ebenfalls aber auch großflächig PV.
FWG	ja
GRÜNE	In der sehr windhöffigen Lage am Winterstein bietet sich eine Planung von vielen Windkraft-anlagen an, nicht nur von dreien. Es gibt dazu Untersuchungen der FH Frankfurt, die über 20 Anlagen vorschlagen.
4. Unterstützen Sie das Ziel, 2 % der Landesfläche Hessens als Vorranggebiete für die Windenergie zu nutzen und damit den Ausbau auch im Sinne der Bürger*innen und des Naturschutzes zu steuern?	
SPD	ja
FWG	ja
GRÜNE	Wir Rosbacher Grünen sind seit über 10 Jahren in diesem Thema, unser früherer Bürgermeister Brechtel war mit uns einer Meinung, dass wir dort oben Anlagen bauen. Wir

	haben seinerzeit auch avifaunistische Gutachten erstellen lassen, aber dann schlief mit einem neuen Bürgermeister alles ein, weil dieser die Klimaziele und auch die Energiegewinnung nicht als wichtig erachtete. In der derzeitigen Lage mit einem wiederum neuen Bürgermeister sind wir auf einem guten Weg, mit den Anrainergemeinden des Wintersteins nunmehr ans Ziel zu kommen
5. Erkennen Sie an, dass das im TPEE Südhessen ausgewiesene Vorranggebiet 7805 auf dem Wintersteinkamm bereits auf seine Eignung und Naturverträglichkeit untersucht wurde?	
SPD	ja
FWG	ja
GRÜNE	Wir haben seinerzeit bei der Planung von Anlagen auf Rosbacher Wintersteingebiet schon Untersuchungen machen lassen, die eine Verträglichkeit der Anlagen bescheinigt hatten. Somit sind wir damit einverstanden, dass diese Untersuchungen anerkannt sind. Es wird aber sicher Organisationen geben, die dort einwirken werden, dessen müssen wir uns gewahr sein.
6. Teilen Sie die Ansicht, dass das Windvorranggebiet auf dem Winterstein daher auch vorrangig für die Windenergienutzung zur Verfügung stehen muss?	
SPD	Ja, aber nicht nur dort.
FWG	Ja, aber nicht ausschließlich!
GRÜNE	Natürlich, vor allem weil viele Flächen dort durch Windwurf, Borkenkäferbefall und eine Buchenkrankheit mittlerweile kahl sind und keine Bäume gefällt werden müssen außer an den Zuwegungen.
7. Sind Sie für den vollumfänglichen Ausbau eines Windparks im Vorranggebiet?	
SPD	Grundsätzlich ja, „Vollumfänglicher Ausbau“ ist jedoch nur eine Forderungsposition. Konkrete Untersuchungen eines Windkraftbetreibers zu diesem Gebiet liegen uns nicht vor. Wir wollen eine kommunale – und Bürgerbeteiligung!
FWG	Ja, im Rahmen der bisherigen Planungen!
GRÜNE	Dort muss ein Windpark entstehen, an dem die Bürger*innen der Anrainergemeinden ordentlich beteiligt sein müssen. Dadurch steigt zum einen die Akzeptanz der optisch den Taunus verändernden Anlagen, aber wenn durch die Anlagen Einnahmen für alle Gemeinden erzielt werden, kommt neben den Klimazielen auch Geld in die derzeit klamm werdenden Kassen.
8. Haben Sie Bedenken gegen die Windenergiegewinnung auf dem Winterstein? Wenn ja, welche?	
SPD	Sachlich keine Bedenken; die optische Belastung wird jedoch vielen Bürgerinnen und Bürgern missfallen; deshalb ist unbedingt eine Bürgerbeteiligung anzustreben. Auch muss auf das Erholungsbedürfnis in dem Gebiet Rücksicht genommen werden.
FWG	nein
GRÜNE	Nein, keinerlei. Die derzeitige Waldnutzung durch a) Holzgewinnung und b) Freizeitaktivitäten wird durch die Windkraftanlagen nicht gestört.
9. Halten Sie eine Beschränkung auf drei Windenergieanlagen (WEA) und die damit verbundene Begrenzung der Windenergiegewinnung am Winterstein für zielführend?	
SPD	Diese drei Windkraftanlagen wurden eingetragen, um eine frühzeitige Beteiligung der Träger öffentlicher Belange zu ermöglichen. Es gibt weder einen B-Plan der beteiligten Kommunen noch konkrete Aussagen der Flugsicherung. Hier verweisen wir, um Wiederholungen zu vermeiden; auf die ausführliche Darstellung von Kuno Leist aus Wehrheim. Zudem können wir grundsätzlich und formalrechtlich nur über den Rosbacher Gemarkungsbereich urteilen. (Auch wir verweisen auf die zitierte Antwort der SPD-Wehrheim.)
FWG	ja
GRÜNE	Keinesfalls, nur drei Anlagen sind der völlig falsche Ansatz. Wenn wir schon auf dem Taunuskamm mit der perfekten Windhöffigkeit Anlagen planen, dann sollten es auch so viele sein, wie man neben/hintereinander bauen kann, damit sie sich nicht gegenseitig behindern. Lieber einen straff geplanten Windpark der Anrainerkommunen, des Landes und des Bunds auf einem Platz als überall ein paar wie eben in der Wetterau.
10. Ist für Sie die Festlegung der Nabenhöhe der WEA auf 145 m sinnvoll, obwohl dadurch der Energieertrag stark reduziert wird?	
SPD	(Auch hier wird die SPD-Wehrheim zitiert.)

FWG	ja
GRÜNE	Je größer die Anlage, desto ertragreicher wird sie und spart uns Kohle- oder Atomstrom. Viele alte kleine Anlagen werden (hoffentlich) repowert und größer gebaut. Neue Anlagen sollten nicht unter 150 m Nabenhöhe gebaut werden, damit der Ertrag so hoch wie möglich ist gerade in einem so windhöffigen Gebiet wie dem Taunuskamm, sonst laufen wir Gefahr, die Klimaziele nicht zu erreichen.
11. Unterstützen Sie den aktuellen Bebauungsplan Nr. 92 „Natur- und Erholungsgebiet Winterstein“ mit seinen starken Beschränkungen der Windenergiegewinnung?	
SPD	(Auch hier nahezu identischer Wortlaut mit Wehrheim.) Ein solcher B-Plan für Rosbach ist uns nicht bekannt. Im Übrigen enthält auch die Windvorrangfläche keinen Hinweis auf die Anzahl der dort zu entrichtenden Windkraftanlagen.
FWG	ja
GRÜNE	Nein, mit nur drei Anlagen werden wir diesen Bebauungsplan der Windenergie-Verhinderung nicht unterstützen.
12. Setzen Sie sich für eine Überarbeitung des Bebauungsplans zugunsten einer stärkeren Windenergiegewinnung ein? Und wie machen Sie das?	
SPD	Die Rosbacher SPD setzt sich für die Erstellung eines B-Planes ein, der alle Belange berücksichtigt. Hierzu gehört natürlich auch das Recht der Menschen auf umweltverträgliche Energieerzeugung. Die SPD Rosbach/Rodheim wird sich dafür einsetzen, dass alle 4 betroffenen Kommunen konstruktiv den weiteren Prozess begleiten und die Interessen der Bürgerinnen und Bürger mit einbezogen werden.
FWG	nein
GRÜNE	Wir werden nach der Kommunalwahl das Thema angehen und in die örtlichen Gremien tragen.
13. Sehen Sie für die Anliegerkommunen und ihre Bürger auch finanzielle Vorteile durch die Errichtung eines Windparks?	
SPD	Die SPD Rosbach/Rodheim setzt sich für einen Bürgerwindpark ein. Die Erträge sollen den Anliegerkommunen und Menschen dort zugute kommen. Inwieweit das mit dem Bundesforst und Hessenforst als größten Landbesitzern möglich ist, muss zielgerichtet verhandelt werden.
FWG	ja
GRÜNE	Wir hatten vor Jahren schon bei den ersten Planungen die verschiedenen Optionen durchgespielt, die es da gibt. Pachteinnahmen , Betrieb mit den Stadtwerken, Vergabe an lokale Betreiber usw. Da es heute andere Modelle gerade bei der Pacht gibt, müssen wir uns neu beraten und da auch die Bürger mitnehmen.
14. Sollte eine Kommune lediglich Gelände verpachten oder sich selbst als Betreiber bei einem Windpark einbringen?	
SPD	Es sollten alle 4 Kommunen gemeinsam über ein Betreibermodell reden oder sich zum Beispiel mit der Mittelhessischen Energiegenossenschaft bzgl. eines Betreibermodells beraten. Eine reine Rosbacher Betreibergesellschaft ist u.E. nicht sinnvoll.
FWG	In unseren Augen ist beides möglich.
GRÜNE	S.o., wir diskutieren das nach der Wahl in den Gremien. Wobei mir ein Eigenbetrieb am liebsten wäre, denn bei derzeit niedrigen Zinsen wäre ein Bau in Eigenregie machbar.
15. Sollten auch Haushalte und Gewerbe in Ihrer Kommune direkt die Möglichkeit haben, Strom von den WEA auf dem Winterstein zu beziehen und sich an sog. Bürgerwindrädern finanziell beteiligen zu können?	
SPD	ja
FWG	Prinzipiell begrüßenswert
GRÜNE	Wenn das möglich wäre, wäre das für uns die beste Option, da wir neben über 5000 Haushalten auch Großverbraucher wie die REWE-Zentrale und einiges an Gewerbe vor Ort haben.
16. Nach Auffassung vieler Experten gehören WEA zu den umweltfreundlichsten, schadstoffärmsten Möglichkeiten der Energiegewinnung. Sie leisten durch Einsparung enormer Mengen von CO_2 einen großen Beitrag zum Klima- und Naturschutz. Haben Sie trotzdem Bedenken? Wenn ja, welche?	

SPD	Entfällt; siehe bisherige Aussagen.
FWG	nein, keine Bedenken
GRÜNE	Meine einzigen Bedenken sind die Mitbürger, die sich dem Windpark sicher entgegenstellen werden. Dort zu argumentieren wird sicher schwierig werden, das haben unsere früheren Diskussionen in den Gremien schon gezeigt. Alles andere (außer vielleicht der Flugsicherung) lässt sich sicher organisieren.
17. Windenergie ist die kostengünstigste erneuerbare Energie, benötigt nur geringe Flächen, um große Mengen an Strom zu gewinnen, steht dezentral zur Verfügung, vermeidet so viele neue Stromtrassen und fördert die regionale Wertschöpfung. Teilen Sie diese Auffassung oder haben Sie andere Vorschläge?	
SPD	Wir teilen diese Auffassung. Dennoch sollte auch intensiv über alle anderen Möglichkeiten der Energiegewinnung, -speicherung und Energievermeidung durch Steigerung der Effizienz gesprochen werden. Dies ist Thema in den Diskussionen der SPD.
FWG	Wir teilen diese Auffassung.
GRÜNE	Wir verfolgen in unserer Fraktion derzeit die Überlegung, einen Agro-Solarpark in der Rosbacher Gemarkung als Ergänzung zur Windkraft zu installieren und haben erste Gespräche mit der Verwaltung bereits geführt. Weiterhin werden (und wurden bereits) auf städtischen Gebäuden Solaranlagen installiert, z.T. auch Bürgersolaranlagen. Da wir ansonsten keine weiteren Möglichkeiten derzeit sehen, sind diese beiden Optionen für uns zukunftsfähig.
18. Gibt es aus Ihrer Sicht Gründe, die gegen einen Windpark auf dem Winterstein sprechen?	
SPD	Nein. Für die Akzeptanz in der Bevölkerung braucht es aber ein empathisches Vorgehen.
FWG	nein
GRÜNE	Aus unserer Sicht nicht, aber wie gesagt gibt es sicher andere Meinungen, mit denen wir uns auseinandersetzen müssen.
19. Mit welchen Energiequellen (Atomstrom, Kohlestrom, Windenergie, Solarenergie, Biomasse…) soll Ihrer Meinung nach die Stromversorgung Ihrer Kommune in Zukunft erfolgen?	
SPD	Wir setzen uns für einen Mix von nachhaltiger Energieerzeugung ein.
FWG	Wünschenswert wäre ein Mix regenerativer Energien
GRÜNE	So viel wie möglich Solar- und Windenergie oder Biomasse, so wenig wie möglich Kohle, keinerlei Atomstrom und als Puffer bis zu einer Speicherlösung für die Solar- und Windenergie Erdgas.
20. Ziehen Sie die weitere Nutzung von Atom- und Kohlekraft der Errichtung eines Windparks auf dem Winterstein vor?	
SPD	Nein (Das ist eine suggestive Frage und eigentlich blöd). [Unsere Anmerkung: Die Alternative ist auch unserer Sicht blöd, doch **Viele** ziehen sie noch immer vor, wobei nur **Wenige** es offen zugeben!] Aber es gibt ja noch mehr windreiche Gebiete in der Umgebung. Wie sieht es in Butzbach aus, in Münzenberg und in Wölfersheim? Da sollten doch auch Windkraftanlagen Strom erzeugen. Das Bündnis sollte sich in den Aktionen nicht allein auf den Winterstein konzentrieren.
FWG	nein
GRÜNE	Keinesfalls!
21. Sind Sie an einem Meinungsaustausch mit dem Bündnis Windpark Winterstein interessiert oder benötigen Sie noch mehr Informationen zur Windenergie?	
SPD	Wir sind an jedwedem Meinungsaustausch interessiert; insbesondere auch mit den örtlichen Akteuren BUND, NABU, MIEG, OVAG /Hessen Energie; aber besonders auch mit jungen Leuten von Fridays for Future.
FWG	Meinungsaustausch: ja
GRÜNE	Wir sind bereits Mitglied und ich bringe mich selbst gerne in den Prozess ein!
22. Sind Sie bereit, sich mit dem Bündnis Windpark Winterstein offensiv für die Windenergiegewinnung auf dem Winterstein als unseren Beitrag zur Energiewende einzusetzen?	
SPD	Wenn dies in diversen Informationsveranstaltungen sinnvoll erscheint, gerne. Für die SPD Rosbach/Rodheim ist es wichtig, im Austausch mit den Bürger*innen zu bleiben. Der Winterstein ist ein multifunktional genutztes Gebiet. Insbesondere die Naherholung hat

	herausragende Bedeutung. Eine lediglich auf Windkraftanlagen ausgerichtete Nutzung würde die Bürger verschrecken und zu einer Gegenbewegung führen, was wir auf jeden Fall vermeiden wollen. Die SPD Rosbach/Rodheim wird sich für eine ausgewogene und faire Planung einsetzen, die von unseren Bürgerinnen und Bürgern getragen wird.
FWG	Im Prinzip ja, es fehlt nur eine gemeinsame Grundlage (derzeitige Planung) …
GRÜNE	Na klar!

Zusammenfassung und Kommentar:
Einige der Parteien und Gruppierungen haben auch in Rosbach nur wenig Interesse, die Bürger*innen über ihre Pläne zum Winterstein zu informieren und zu unseren Fragen zur Windenergie Stellung zu nehmen. SPD, FWG und DIE GRÜNEN haben sich unseren Fragen gestellt:
Die **SPD** in Rosbach, vertreten durch ihre Vorsitzende Ellen Dietz und den Fraktionsvorsitzenden Hans-Peter Rathjens, *„setzt verstärkt auf guten Energiemix“*, wie sie in ihrem Antwortschreiben zur Umfrage betonen. Sie sorgen sich allerdings um *„die optische Belastung“* durch WEA und fürchten, dass diese *„vielen Bürgerinnen und Bürgern missfallen“* wird. *„Die SPD Rosbach/Rodheim setzt sich für einen Bürgerwindpark ein. Die Erträge sollen den Anliegerkommunen und Menschen dort zugutekommen.“* Auch bei Überlegungen zu einem *„Betreibermodell“* ist sie flexibel. Bei unseren Fragen zum B-Plan zitiert die SPD Rosbach die Stellungnahme der Wehrheimer SPD, weshalb wir hier nicht näher drauf eingehen. Der SPD ist selbstverständlich klar, dass Windenergie als Beitrag zum Klimaschutz in großem Umfang benötigt wird, verweist aber bei Antwort 21 auf die Windenergiegewinnung in anderen Gebieten.
Die Antworten der **FWG** wirken teilweise widersprüchlich. Der Fraktionsvorsitzende Lamping stimmt dem B-Plan in allen Punkten zu, erkennt aber nicht, dass dieser in klarem Widerspruch zu einigen seiner eigenen Antworten steht: Drei WEA sind kein „vollumfänglicher Ausbau“ (Frage7) und stehen nicht im Einklang mit dem angestrebten 2% Ziel im TPEE (Fragen 4/5). Wer sich für einen Mix regenerativer Energien und gegen Atom- und Kohlekraft ausspricht (Fragen 19/20), sollte bei einem geradezu idealen Windparkstandort wie dem Winterstein nicht für so rigide Begrenzungen plädieren. Drei Windenergieanlagen machen noch keinen Windpark, wenn eine Vielzahl an WEA möglich sind.
DIE GRÜNEN sind in Rosbach einem Windpark gegenüber eindeutig aufgeschlossen. Die Fraktionsvorsitzende Betina Quägber-Zehe antwortet ausführlich und ihre positive Haltung gegenüber der Windenergienutzung wird deutlich. Sie spricht sich klar für mehr Klimaschutz und für den Ausbau der Windenergie aus, weshalb sie sich für **viele** Windkraftanlagen einsetzt. *„Lieber einen straff geplanten Windpark … auf einem Platz als überall ein paar“*, argumentiert sie. Die Begrenzung auf nur drei Anlagen ist für **DIE GRÜNEN** in Rosbach *„der völlig falsche Ansatz“*, weshalb sie den B-Plan nicht unterstützen. Quägber-Zehe ist optimistisch, dass das langjährige Engagement der **GRÜNEN** für die Windkraft jetzt fruchtet. Sie verlangt, dass *„die Bürger*innen der Anrainergemeinden ordentlich beteiligt sein müssen. Dadurch steigt zum einen die Akzeptanz der optisch den Taunus verändernden Anlagen, aber wenn durch die Anlagen Einnahmen für alle Gemeinden erzielt werden, kommt neben den Klimazielen auch Geld in die derzeit klamm werdenden Kassen.“*

Wehrheim

1.	**Halten Sie den Klimawandel für eine Bedrohung des Lebens von Mensch, Tier, Umwelt und Natur und sind Sie bereit, große Anstrengungen zur Begrenzung der Erderwärmung zu unternehmen?**
CDU	*„Von der Beantwortung Ihres Fragebogens nehmen wir Abstand.“*
SPD	ja
GRÜNE	ja
FDP	Der Klimawandel ist ohne Zweifel eine globale Bedrohung welcher auch global begegnet werden muss. Die Eindämmung der Bedrohung wird große Anstrengungen erfordern, weshalb es wichtig ist dass alle Mittel dort eingesetzt werden wo sie den höchsten Nutzen bringen.

Für die CDU-Wehrheim antwortete die CDU-Vorsitzende Susanne Odenweller und lehnt die Beantwortung unseres „tendenziösen Fragebogens“ ab. Die CDU wird daher im Folgenden nicht mehr erwähnt. Für die SPD-Wehrheim beantwortete der Fraktionsvorsitzende Kuno Leist den Fragebogen. Für die GRÜNEN-Wehrheim nahm Hajo Schweizer Stellung und für die FDP-Wehrheim antwortete Klaus Schumann.

2. Teilen Sie die Auffassung, dass Maßnahmen in vielen Sektoren (z.B. bei Energie, Verkehr, Landwirtschaft, Bauen etc.) erforderlich sind, um die Erderwärmung auf 1,5 Grad zu begrenzen?	
SPD	ja
GRÜNE	Ja, auf jeden Fall
FDP	ja
3. Halten Sie Windenergie für einen wichtigen Bestandteil der erneuerbaren Energien und teilen Sie die Auffassung, dass die Windenergiegewinnung stark ausgebaut werden muss?	
SPD	ja
GRÜNE	ja
FDP	Windenergie stellt schon heute den größten Anteil der erneuerbaren Energien, liefert also einen wesentlichen Beitrag zur Energiewende. Unter optimalen Bedingungen kann heute schon der Elektrizitätsbedarf allein durch Windenergie gedeckt werden. Aber leider ist Windkraft nicht Grundlastfähig. Mehr Windräder nützen bei Flaute auch nichts.
4. Unterstützen Sie das Ziel, 2 % der Landesfläche Hessens als Vorranggebiete für die Windenergie zu nutzen und damit den Ausbau auch im Sinne der Bürger*innen und des Naturschutzes zu steuern?	
SPD	ja
GRÜNE	ja
FDP	Die 2% sind die aktuelle Beschlusslage. Es gibt wissenschaftliche Untersuchungen die anzweifeln, dass dieses Ziel sinnvoll ist, da mit zunehmender Anzahl der Anlagen die Ausbeute der einzelnen Anlage zurückgeht. In jedem Fall ist anzuzweifeln, dass eine gleichmäßige Verteilung dieser 2% zu optimalen Ergebnissen bezüglich Energieausbeute, Bürgerinteressen oder Naturschutz führt.
5. Erkennen Sie an, dass das im TPEE Südhessen ausgewiesene Vorranggebiet 7805 auf dem Wintersteinkamm bereits auf seine Eignung und Naturverträglichkeit untersucht wurde?	
SPD	ja
GRÜNE	ja
FDP	Diese Aussage ist so nicht richtig. Es wurden im Rahmen der Aufstellung des TPEE allgemeine Überlegungen zu Windhöffigkeit und Verträglichkeit gemacht. In der Stellungnahme zu Einsprüchen bezüglich des Vorranggebiets 7805 wurde aber explizit darauf hingewiesen, dass für jede Anlage eine Einzelfallprüfung erfolgen muss.
6. Teilen Sie die Ansicht, dass das Windvorranggebiet auf dem Winterstein daher auch vorrangig für die Windenergienutzung zur Verfügung stehen muss?	
SPD	ja
GRÜNE	Ja, auf jeden Fall
FDP	Die vier Gemeinden haben einen gemeinsamen Bebauungsplan vorgelegt, der sicherstellen soll dass nicht nur die Interessen der Windenergieindustrie sondern auch die Interessen der betroffenen Bürger berücksichtigt werden, d.h. dass das Gebiet nicht nur zur Energiegewinnung genutzt wird sondern dass Flora und Fauna geschützt werden und das Gebiet auch als Erholungsgebiet zur Verfügung steht.
7. Sind Sie für den vollumfänglichen Ausbau eines Windparks im Vorranggebiet?	
SPD	Grundsätzlich ja, ihre Position hinsichtlich der Anzahl der Windräder ist uns aber nicht nachvollziehbar. Auch ist die Frage „vollumfänglicher Ausbau“ nur eine Forderungsposition. Konkrete Untersuchungen eines Windkraftbetreibers zu diesem Gebiet liegen uns nicht vor.
GRÜNE	ja
FDP	nein
8. Haben Sie Bedenken gegen die Windenergiegewinnung auf dem Winterstein? Wenn ja, welche?	
SPD	entfällt
GRÜNE	Wir unterstützen dieses Anliegen seit mindestens 10 Jahren
FDP	Wir haben nichts grundsätzlich gegen Windenergie, aber wir wollen vermeiden, dass wertvolle Baumbestände für Windkraftanlagen abgeholzt werden. Wir fordern einen Mindestabstand von 10x der Höhe von Wohnbebauung. Und wir wollen, dass Windkraftanlagen so positioniert werden, dass keine bedrohten Tierarten darunter leiden

	bzw. dass keine Passanten durch Eisschlag gefährdet werden.
9.	**Halten Sie eine Beschränkung auf drei Windenergieanlagen (WEA) und die damit verbundene Begrenzung der Windenergiegewinnung am Winterstein für zielführend?**
SPD	Diese Fragestellung geht von einer falschen Prämisse aus und enthält u. E. eine falsche Aussage hinsichtlich einer Verhinderungsplanung. Zudem können wir grundsätzlich und formalrechtlich nur über den Wehrheimer Gemarkungsbereich (zwei relativ kleine Geländezipfel) urteilen. Fakt ist: Derzeit besteht kein B-Plan für die o.a. genannte Fläche. Es gibt lediglich einen neuen Vorentwurf. Auf dessen Basis wurde die „Frühzeitige Beteiligung der Öffentlichkeit gem. § 3 Abs. 1 Baugesetzbuch und der frühzeitigen Unterrichtung der Behörden und sonstigen Träger öffentliche Belange, deren Aufgabenbereich durch die Planung berührt werden (§ 4 Absatz 1 Baugesetzbuch)“ eingeleitet. Ziel des derzeitigen Verfahrens ist, vor Erstellung und konkreter Einleitung des Verfahrens für einen förmlichen Bebauungsplan seitens der vier beteiligten Kommunen endlich konkrete Stellungnahmen von den zuvor genannten Verfahrensbeteiligten zu erhalten. Diese können dann im förmlichen Verfahren zur Erstellung eines (Gesamt-) B-Planes, bestehend aus vier jeweils rechtlich selbständigen B-Plänen bewertet und ggfs. berücksichtigt werden. Insofern sind die im derzeitigen Verfahrensstand eingezeichneten drei Windkraftanlagen als „Platzhalter“ nur deshalb eingezeichnet, um konkrete Stellungnahmen für die dort befindlichen „Problembereiche“ wie Funkfeuer – Stellungnahme der Deutschen Flugsicherung, Telekommunikationsanlagen, der Wasserwirtschaft u.a.m. zu erhalten. Diese erst im förmlichen B-Plan-Verfahren zu erhalten, hielten die vier beteiligten Kommunen für nicht sinnvoll. Bislang waren beispielsweise von der Deutschen Flugsicherung keine konkreten Aussagen zum Bereich „7805 – Winterstein“ zu erlangen. Wir haben deshalb diesem Verfahren zugestimmt. Vorausgegangen waren intensive Beratungen u.a. im Bau-und Verkehrsausschuss mit Unterstützung durch das beauftragte Planungsbüro. Dabei wurde verdeutlicht, dass es derzeit im Kern und abschließend nicht um die Frage der Anzahl oder die konkreten Standorte der Windkraftanlagen geht.
GRÜNE	Nein, damit zeigen die Gemeinden, dass kein Interesse an Windkraft besteht, die Bürger, die dagegen sind, beruhigt werden sollen und der Strom aus der Steckdose kommt. Nachhaltigkeit sieht anders aus. Wir können die Stromerzeugung nicht auf andere „Willige“ verlagern.
FDP	Die Anzahl ist irrelevant, wenn die oben genannten Rahmenbedingungen eingehalten werden.
10.	**Ist für Sie die Festlegung der Nabenhöhe der WEA auf 145 m sinnvoll, obwohl dadurch der Energieertrag stark reduziert wird?**
SPD	Nach Recherche über die Nabenhöhe über die Agentur für erneuerbare Energien sehen wir keine Probleme mit der Narbenhöhe, zumal diese erst ab Oberfläche des Sockels berechnet wird. Sollte in den uns derzeit noch nicht vorliegenden Stellungnahmen im Beteiligungsverfahren andere aktuelle Fakten genannt werden, ist immer noch eine andere Entscheidung denkbar.
GRÜNE	nein
FDP	Auch die Höhe ist irrelevant, wenn die oben genannten Rahmenbedingungen eingehalten werden.
11.	**Unterstützen Sie den aktuellen Bebauungsplan Nr. 92 „Natur- und Erholungsgebiet Winterstein“ mit seinen starken Beschränkungen der Windenergiegewinnung?**
SPD	Ein solcher B-Plan für Wehrheim ist uns nicht bekannt. Im Übrigen enthält auch die Windvorrangfläche keinen Hinweis auf die Anzahl der dort zu entrichtenden Windkraftanlagen. Insofern halten wir ihre Aussage über die Beschränkungen auf 3 Windkraftanlagen für nicht korrekt und somit irreführend.
GRÜNE	nein
FDP	Wir haben in der Abstimmung der Gemeindevertretung Wehrheim gegen diesen Bebauungsplan gestimmt.
12.	**Setzen Sie sich für eine Überarbeitung des Bebauungsplans zugunsten einer stärkeren Windenergiegewinnung ein? Und wie machen Sie das?**
SPD	Da es keinen B-Plan gibt, geht auch diese Frage von falschen Voraussetzungen aus. Die

	Wehrheimer SPD-Fraktion wird das weitere Verfahren konstruktiv beraten und mitgestalten.
GRÜNE	Ja. Mitarbeit im Bündnis Windpark Winterstein.
FDP	Nein, da wir nicht sehen wie sich das mit unseren Vorstellungen vereinbaren lässt.
13. Sehen Sie für die Anliegerkommunen und ihre Bürger auch finanzielle Vorteile durch die Errichtung eines Windparks?	
SPD	Genau dieser Aspekt war für uns im Vorfeld des Verfahrens Grund, den Veränderungssperren zuzustimmen. Es sollte eben nicht nur ein großer Flächeneigentümer von den Einnahmen profitieren. Vielmehr sollen nach unserer Auffassung mögliche Erträge (Pachteinnahmen oder andere denkbaren Modelle) kommunal und regional und somit für die Bürger:innen eingesetzt werden.
GRÜNE	ja
FDP	Das hängt davon ab wem die Grundstücke gehören auf denen Windenergieanlagen gebaut werden – nicht alle Flächen am Winterstein gehören den jeweiligen Kommunen.
14. Sollte eine Kommune lediglich Gelände verpachten oder sich selbst als Betreiber bei einem Windpark einbringen?	
SPD	Eine rein Wehrheimer Betreibergesellschaft ist u.E. nicht sinnvoll. Ob dies ggfs. die vier Kommunen stemmen sollen bzw. können, eine Energiegenossenschaft oder ein regionaler Energieversorger bleibt den weiteren Beratungen vorbehalten.
GRÜNE	Sowohl als auch. In beiden Fällen können Einnahmen generiert werden.
FDP	Aus rechtlichen und wirtschaftlichen Gründen sind wir sind der Meinung, dass Kommunen nicht unternehmerisch tätig sein sollen.
15. Sollten auch Haushalte und Gewerbe in Ihrer Kommune direkt die Möglichkeit haben, Strom von den WEA auf dem Winterstein zu beziehen und sich an sog. Bürgerwindrädern finanziell beteiligen zu können?	
SPD	Denkbar
GRÜNE	ja
FDP	Wir sind für Marktwirtschaft und Gewerbefreiheit. Selbstverständlich haben die Bürger von Wehrheim das Recht sich an WEA zu beteiligen. Leider sind viele WEA nicht profitabel für die Betreiber, sondern meist nur für die Projektgesellschaften welche die Anlagen erstellen.
16. Nach Auffassung vieler Experten gehören WEA zu den umweltfreundlichsten, schadstoffärmsten Möglichkeiten der Energiegewinnung. Sie leisten durch Einsparung enormer Mengen von CO_2 einen großen Beitrag zum Klima- und Naturschutz. Haben Sie trotzdem Bedenken? Wenn ja, welche?	
SPD	entfällt
GRÜNE	Nein, wir haben keinerlei Bedenken.
FDP	Ebenfalls nach Auffassung vieler anderen Experten ist die Wartung von WEA nicht ausreichend geregelt weshalb Anlagen in Brand geraten und dann am Winterstein möglicherweise den Wald in Brand setzen. Darüber hinaus ist die Entsorgung der Anlagen nicht hinreichend geklärt. Die Aufbereitung der GfK Werkstoffe erzeigt Umweltschadstoffe, der Rückbau vieler Anlagenfundamente findet nicht statt, weil die Anlagenbetreiber pleite sind und für Repowering sind die Fundamente dann zu klein. Die Windräder erzeugen zwar kein CO2 aber sie schädigen in Abhängigkeit vom Standort Flora, Fauna und auch die Menschen.
17. Windenergie ist die kostengünstigste erneuerbare Energie, benötigt nur geringe Flächen, um große Mengen an Strom zu gewinnen, steht dezentral zur Verfügung, vermeidet so viele neue Stromtrassen und fördert die regionale Wertschöpfung. Teilen Sie diese Auffassung oder haben Sie andere Vorschläge?	
SPD	Wir teilen diese Auffassung, gleichzeitig sind aber gerade in einer waldreichen Region wie dem Taunus entsprechende andere nachhaltige Nutzungsformen sinnvoll. Hierfür hatte sich die Wehrheimer SPD-Fraktion schon seit 1997 –leider vergeblich- eingesetzt.
GRÜNE	Wir teilen diese Auffassung!
FDP	Sie fassen hier mehrere Behauptungen in einer Suggestivfrage zusammen! Ja Wind ist kostenlos wenn er bläst. Weshalb sind dann viele WEA nicht profitabel? Ja, WEA benötigen nur geringe Flächen wenn man ringsum wieder aufforstet. Aber was für Bäume wachsen denn

	dort innerhalb der 20 Jahre Lebensdauer einer WEA, bestenfalls Christbäume.
18. Gibt es aus Ihrer Sicht Gründe, die gegen einen Windpark auf dem Winterstein sprechen?	
SPD	nein
GRÜNE	nein
FDP	Ja, das haben wir oben ausführlich erklärt.
19. Mit welchen Energiequellen (Atomstrom, Kohlestrom, Windenergie, Solarenergie, Biomasse…) soll Ihrer Meinung nach die Stromversorgung Ihrer Kommune in Zukunft erfolgen?	
SPD	Der Mix der Nachhaltigkeit machts!
GRÜNE	Windkraft und Solarenergie
FDP	Über welchen Zeithorizont reden wir? Als das Erneuerbare Energien Gesetz auf den Weg gebracht wurde wurden erneuerbare Energien als Brückentechnologie bis zu einer sicheren und umweltfreundlichen Atomenergie bezeichnet. Wenn wir die immensen Subventionen der EEG Umlage nicht nur in die Taschen einiger weniger, sondern in zielgerichtete Forschung stecken würden wären wir hier sicher weiter. Bis dahin sehen wir in Wehrheim noch großes Potential bei der Nutzung von Photovoltaik.
20. Ziehen Sie die weitere Nutzung von Atom- und Kohlekraft der Errichtung eines Windparks auf dem Winterstein vor?	
SPD	nein
GRÜNE	nein
FDP	Schon wieder eine Suggestivfrage! Windparks müssen dort errichtet werden wo das Verhältnis von Energieausbeute zu den negativen Auswirkungen auf Umwelt und betroffenen Bürgern optimal ist. Wir sind nicht der Meinung, dass ein Windpark auf dem Winterstein dieses Optimum bietet.
21. Sind Sie an einem Meinungsaustausch mit dem Bündnis Windpark Winterstein interessiert oder benötigen Sie noch mehr Informationen zur Windenergie?	
SPD	Wir werden im laufenden Verfahren selbstverständlich mit allen Akteuren in dieser Angelegenheit im Austausch bleiben. Die in unseren eigenen Reihen vorhandene Expertise bringen wir an entscheidender Stelle sachgerecht ein.
GRÜNE	Wir arbeiten mit!
FDP	Sind Sie daran interessiert die Meinung und die Befürchtungen der betroffenen Bürger zu verstehen und benötigen Sie noch mehr Information zu den schädlichen Auswirkungen von Windenergieanalagen?
22. Sind Sie bereit, sich mit dem Bündnis Windpark Winterstein offensiv für die Windenergiegewinnung auf dem Winterstein als unseren Beitrag zur Energiewende einzusetzen?	
SPD	Wir sind eine eigenständige politische Partei und arbeiten gemäß Artikel 21 des Grundgesetzes an der politischen Willensbildung konkret und konstruktiv. Dies ist unser verfassungsmäßiger Auftrag. Insofern hatten wir bereits im Sommer eine eigene Informationsveranstaltung zum Windvorranggebiet 7805 – Winterstein – durchgeführt. Hierfür wollen wir uns nicht binden, da uns dort die demokratische Legitimität (z.B. Sprecher) nicht hinreichend geklärt ist.
GRÜNE	Das tun wir.
FDP	Nein – was für einen Beitrag wollen Sie denn leisten? Unsere Wälder abholzen und die Bäume durch WEA ersetzen damit ein paar Projektgesellschaften sich die Taschen vollmachen können?

Zusammenfassung und Kommentar:
Die Vorsitzende der **CDU-Wehrheim**, Susanne Odenweller, lehnt die Beantwortung des in ihren Augen „tendenziösen“ Fragebogens ab. Sie schreibt außerdem: „die Unterstellung einer Verhinderungsplanung weisen wir entschieden zurück!" und teilt uns mit, dass der Bebauungsplan im Teilbereich Wehrheim, Gemarkung Pfaffenwiesbach mit 24 Ja-Stimmen, 3 Nein-Stimmen und 1 Enthaltung vom Gemeinderat beschlossen wurde. Die Haltung der CDU-Wehrheim dürfte damit auch ohne Beantwortung der Fragen deutlich sein.
Für die **SPD-Wehrheim** antwortete der Fraktionsvorsitzende Kuno Leist und machte auf Besonderheiten der Gemeinde Wehrheim aufmerksam. Er betont ausdrücklich: *„Die in der Öffentlichkeit geäußerte*

Behauptung, die Planung sei bewusst als Verhinderungsplanung angelegt, trifft für die SPD Wehrheim eindeutig nicht zu. Verhindert wurde mit den zuvor beschlossenen Veränderungssperren lediglich, dass der Bundesforst ohne Abstimmung mit den Kommunen der alleinige „Gewinner" bei dem Bau eines Windparks gewesen wäre, da große Teile des Geländes im Eigentum des Bundes sind. Nie war es unser Interesse, damit generell einen Windpark zu verhindern. Ganz im Gegenteil dient das gewählte Verfahren dazu, Bürger:innen zu überzeugen, dass neben der Erreichung der Klimaziele auch der finanzielle Gewinn in der Region bleiben soll." Auch wird erkennbar, dass für ihn der aktuelle Entwurf des B-Planes und auch die Anzahl der WEA noch nicht festgeschrieben sind. Wir können diese Vorläufigkeit bzw. Unverbindlichkeit des für alle vier Kommunen vorliegenden Entwurfs zwar so kaum nachvollziehen, sehen aber immerhin teilweise Überschneidungen bei den Positionen und würden die Diskussion gerne fortsetzen.

Auch in Wehrheim setzen sich **Bündnis 90/Die Grünen**, wie aus den Antworten des Fraktionsvorsitzenden Hajo Schweizer deutlich wird, für einen voll ausgebauten Windpark auf dem Winterstein ein. In der Begrenzung auf drei WEA sehen sie klipp und klar, *„dass kein Interesse an Windkraft besteht, die Bürger, die dagegen sind, beruhigt werden sollen und der Strom aus der Steckdose kommt. Nachhaltigkeit sieht anders aus. Wir können die Stromerzeugung nicht auf andere „Willige" verlagern."*

Angemerkt sei, dass die **FDP-Wehrheim** – trotz grundsätzlicher Diskrepanz zu unserer Position – ausführlich antwortete. Sie nimmt insgesamt gegenüber der Windkraft eine radikal ablehnende Haltung ein. Grundsätzlich ist sie zwar nicht gegen Windenergie – das ist aber sowieso niemand – formuliert jedoch Bedingungen, unter denen in einem dicht besiedelten Land praktisch keine WEA gebaut werden können.

Ober-Mörlen

CDU	Keine Beantwortung unserer Fragen
SPD	Anfrage, ob das Bündnis zu einem Gespräch bereit ist.
FWG	Keine Beantwortung unserer Fragen
GRÜNE	Keine Beantwortung unserer Fragen

Keine der politischen Parteien oder Gruppierungen in Ober-Mörlen hat unseren Fragebogen beantwortet. Eine Auswertung kann daher nicht erfolgen.

Der Fraktionsvorsitzende der **SPD in Ober-Mörlen**, Joachim F. Reimertshofer, fragte an, ob das Bündnis zu einem Gespräch bei einer Fraktionssitzung oder auf einer Mitgliederversammlung bereit sei. Wir haben um Terminvorschläge gebeten, worauf jedoch keine Antwort – auch keine Absage wegen der aktuellen Coronalage - einging.

Für das Bündnis Windpark Winterstein:

Volkmar Heitmann, Wetterau im Wandel
Klaus Kissel, Bürger*innen Bündnis WIR
Dr. Werner Neumann, BUND Wetterau
Laura Pfeifer, Fridays for Future Hochtaunuskreis
Betina Quägber-Zehe, Stadtverordnete in Rosbach
Diethardt Stamm, Energiebildungsverein
Hans-Dieter Wagner, Querstellen-Friedberg